

# Von New York über Nagoya und Cancun nach Rio: Hunger und Armut überwinden, die biologische Vielfalt retten, das Klima schützen!

1 Der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt und die immer noch skandalös hohe  
2 Zahl von Menschen, die in extremer Armut leben und hungern, stellen die größten  
3 Herausforderungen für die Menschheit dar. Klimaschutz, Erhaltung der Biodiversität und  
4 Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele waren und sind in diesem Jahr die zentralen  
5 Themen großer Konferenzen der Vereinten Nationen.

6 Auf dem Weltarmutsgipfel im September in New York und der Biodiversitätskonferenz im  
7 Oktober in Nagoya prallten wieder einmal die Interessen der reichen und der armen Nationen  
8 aufeinander. Und auch die bevorstehende Klimakonferenz in Cancun droht – wie schon letztes  
9 Jahr der Klimagipfel in Kopenhagen – daran zu scheitern, dass sich die internationale  
10 Gemeinschaft nicht darauf verständigen kann, den globalen Herausforderungen im Geist der  
11 Gerechtigkeit und der Solidarität zu begegnen.

12 Doch nur eine ganzheitliche Herangehensweise, die die Armutsbekämpfung, den Klimaschutz  
13 und die Erhaltung der biologischen Vielfalt zusammenbringt und nicht gegeneinander  
14 ausspielt, kann aus der Sackgasse von Zielkonflikten und Interessengegensätzen herausführen.  
15 Aus diesem Grund wird der großen UN-Konferenz, die zwanzig Jahre nach dem ersten großen  
16 Nachhaltigkeitsgipfel 2012 wieder in Brasilien stattfindet (Rio +20), eine große Bedeutung  
17 zukommen. Auf dem Weg nach Rio muss es immer mehr gelingen, die  
18 Armutsbekämpfungsagenda und die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Bewahrung der  
19 biologischen Vielfalt so aufeinander abzustimmen, dass es zu mehr Kohärenz und  
20 Synergieeffekten kommt.

21 Dies setzt aber voraus, dass viel stärker als bisher dem Prinzip der gemeinsamen aber  
22 unterschiedlichen Verantwortlichkeit und dem Verursacherprinzip Rechnung getragen  
23 werden muss. Die Industrienationen haben für ihre wirtschaftliche Entwicklung den größten  
24 Teil ihrer Wälder, der fossilen und anderer natürlicher Ressourcen vernichtet und den  
25 Klimawandel angeheizt. Die Konsequenzen dieses Verhaltens spüren die Entwicklungsländer  
26 aber schon heute. Die Industrieländer haben daher die Verantwortung, die  
27 Entwicklungsländern für den Schutz ihrer Wälder und für wirtschaftliche Nachteile, die sich  
28 daraus ergeben zu kompensieren. Denn mit dem Waldschutz tragen die Entwicklungsländer  
29 sowohl zum Klimaschutz als auch zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei. Beides ist für die  
30 Weltgemeinschaft von großer Bedeutung.

## 31 **Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit nicht gegeneinander ausspielen**

32 Der Millenniumsgipfel in New York und der Klimagipfel in Kopenhagen haben gezeigt, dass das  
33 Vertrauensverhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stark gelitten hat. Nicht  
34 nur, dass die Mehrzahl der Industrieländer ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen für  
35 die Entwicklungszusammenarbeit nicht nachkommt. Sondern es zeichnet sich immer  
36 deutlicher der Trend ab, dass die Mittel für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel  
37 sowie für Biodiversitäts- und Waldschutz auf die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit,  
38 die sogenannte ODA-Quote angerechnet werden sollen. Diese Mittel werden aber dringend  
39 gebraucht, um die Millenniumsentwicklungsziele (u. a. Halbierung der Zahl der Hungernden,  
40 Eindämmung von Aids, Verbesserung der Grundbildung und Trinkwasserversorgung in den

41 Entwicklungsländern) zu erreichen. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind  
42 zusätzliche Herausforderungen und bedürfen entsprechend zusätzlicher Mittel.

43 Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist nicht zuletzt daran gescheitert, dass die Industrieländer  
44 nicht bereit waren, ausreichende Zusagen zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung  
45 an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu machen. Auch unmittelbar vor der  
46 Klimakonferenz in Cancún ist dies noch immer ein Streitthema. Die EU spielt Mikado mit dem  
47 Klima: Jeder wartet darauf, dass sich der andere bewegt, bevor weitergehende Zusagen  
48 gemacht und eingehalten werden.

49 Doch der Klimawandel ist für viele Menschen in Entwicklungsländern bereits eine bittere,  
50 lebensbedrohliche Realität. Sie müssen sich schon heute an den Klimawandel anpassen und  
51 können nicht darauf warten, bis ein Kyoto-Nachfolgeabkommen in Kraft tritt. Auch der Schutz  
52 der tropischen Regenwälder, die gleichermaßen für Klimaschutz und Biodiversität wichtig  
53 sind, kann nicht aufgeschoben werden.

54 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher,

- 55 • dass die Bundesregierung bis 2015 Mittel in Höhe von 0,7 Prozent des  
56 Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre  
57 Hilfe bereitstellt.
- 58 • dass Deutschland signifikante Mittel für Klimaschutz und Anpassung in  
59 Entwicklungsländern bereitstellt, ohne diese auf die ODA-Quote anzurechnen. Diese  
60 Mittel müssen zusätzlich sein und dürfen nicht bereits anderweitig zugesagt worden  
61 sein
- 62 • dass diese Mittel bis 2020 auf 10 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen.
- 63 • dass Deutschland sich dafür einsetzt, international ab 2020 jährlich mindestens 100  
64 Milliarden Euro für Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutz in Entwicklungsländern  
65 bereitzustellen.

66 Das Vorhaben der Bundesregierung, die im Rahmen der Verhandlungen von Kopenhagen  
67 zugesagten Mittel für den internationalen Klimaschutz als Entwicklungshilfe zu deklarieren  
68 und auf die ODA-Quote anzurechnen, trifft auf unseren scharfen Widerspruch.  
69 Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt  
70 werden, sondern müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Um die internationalen  
71 Zusagen einhalten zu können, fordern wir die Einführung innovativer  
72 Finanzierungsinstrumente sowie den konsequenten Abbau von klimaschädlichen Subventionen

### 73 **Für ein weltweit verbindliches und gerechtes Klimaabkommen**

74 Ein Klimaabkommen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention ist und bleibt das  
75 unbedingte Ziel unserer Klimapolitik. Nur so kann eine weltweite, gerechte und effiziente  
76 Bekämpfung des Klimawandels sichergestellt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich  
77 zum Multilateralismus in der Klimapolitik und wollen das Klimasekretariat und die Vereinten  
78 Nationen insgesamt stärken.

79 Auf dem Weg zu einem solchen weltweiten Abkommen muss man sich jedoch den Realitäten  
80 stellen. Für einige Länder ist es aktuell unmöglich, sich einem solchen weltweiten und  
81 verbindlichen Klimaregime anzuschließen. Dies gilt z. B. momentan für die USA. Damit die  
82 internationale Klimapolitik dadurch nicht gebremst wird benötigen wir eine Klimapolitik der  
83 unterschiedlichen Geschwindigkeiten im Rahmen des Klimaregimes der Vereinten Nationen.  
84 Daraus folgt die Notwendigkeit einer ambitionierten und effektiven Klimapolitik „zu Hause“.

85 Die EU und Deutschland sichern sich damit die wissenschaftlich erwiesenen  
86 Wettbewerbsvorteile einer Vorreiterökonomie.

87 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb,

88 • dass Deutschland und die EU das Mikado-Spiel beenden und als Vorreiter beim  
89 Klimaschutz mit einer ambitionierten Politik vorangehen.

90 • dass Deutschland sich dafür einsetzt dass die EU-CO2-Minderungsverpflichtung  
91 unkonditioniert auf 30 % angehoben wird.

92 • dass Deutschland sich nicht mehr hinter Ländern wie den USA versteckt, die auf  
93 absehbare Zeit keinem Klimaabkommen beitreten werden, und dies nicht als  
94 Entschuldigung für das eigene Nicht-Handeln zu benutzen.

### 95 **Für einen konsequenteren und effektiveren Schutz der biologischen Vielfalt**

96 Das geringe Gewicht, das dem Schutz der biologischen Vielfalt beigemessen wird, spiegelt die  
97 Leistungen intakter und funktionsfähiger Ökosysteme und der Arten, die diese bilden, nicht im  
98 Geringsten wider. Das Ziel, den Verlust an Arten, Lebensräumen und genetischen  
99 Informationen bis 2010 zu stoppen oder wenigstens zu verlangsamen, ist gescheitert. Im  
100 Gegenteil: die Weltnaturschutzunion IUCN beschreibt rund ein Drittel der bekannten Arten als  
101 gefährdet. Der Verlust an Lebensräumen ist der wesentliche Antreiber des Artensterbens. Doch  
102 unverändert gehen jährlich 13 Millionen Hektar Wald verloren, werden die Meere verschmutzt  
103 und Wildnisgebiete durch Infrastrukturprojekte dem Nutzungsdruck durch den Menschen  
104 unterworfen.

105 Die Bundesregierung hat sich bei der Weltnaturschutzkonferenz in Nagoya auf die mehr als  
106 zwei Jahre alten Zusagen berufen, bis 2013 500 Millionen Euro für den internationalen  
107 Naturschutz bereitzustellen, danach soll diese Summe jährlich zur Verfügung stehen. Als  
108 vermeintlich großzügiges Zusatzangebot wurden einmalig weitere 10 Millionen Euro  
109 angeboten. Dem Bedarf, den BirdLife International allein für die dringendsten Schutzgebiete in  
110 Entwicklungsländern auf 15 Milliarden US-Dollar jährlich schätzt, wird dies bei weitem nicht  
111 gerecht. Aber auch hier verweist die Bundesregierung auf andere Länder, anstatt mit  
112 ambitionierten Schritten voranzugehen.

113 Über die Fähigkeit, Kohlenstoff aufzunehmen, Wetterextreme abzupuffern, Küsten zu  
114 schützen, Nahrung und Wasser bereitzustellen und Vorlagen für pharmazeutische oder  
115 technische Produkte zu liefern, ist die biologische Vielfalt aufs Engste mit dem Klimaschutz,  
116 mit der Anpassung an den Klimawandel und mit der Erreichbarkeit der Millennium-  
117 Entwicklungsziele verbunden. Das erfordert aber über den konsequenten Schutz der  
118 biologischen Vielfalt hinaus, dass die Bevölkerung in den Entwicklungsländern, die die  
119 Verantwortung für die Ressourcen trägt, an dem Nutzen beteiligt wird, der auch kommerziell  
120 aus den lokalen Ressourcen gezogen wird. Solange die Bundesregierung aber ihre  
121 Entwicklungs- und Biodiversitätspolitik in den Dienst deutscher Unternehmensinteressen  
122 stellt, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Multilaterale Prozesse sind auch hier der notwendige  
123 Weg, damit Entwicklungsländer und lokale Gemeinschaften nicht allein den Industrieländern  
124 und Konzerninteressen gegenüberstehen.

125 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher,

- 126 • die Verabschiedung eines überprüfbaren Ziels zum Stopp des Artensterbens und des  
127 Lebensraumverlustes bis 2020 und darüber hinaus.
- 128 • die Verabschiedung und rasche Umsetzung eines völkerrechtlich bindenden  
129 Abkommens zum Zugang und gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer  
130 Ressourcen.
- 131 • Bis 2020 20 % der globalen Wasserfläche und 10 % der globalen Landfläche unter Schutz  
132 stellen. 5 % der Flächen sollen über einen Biotopverbund vernetzt sein.
- 133 • die Finanzierung von Schutzgebieten zu sichern, vor allem über den Abbau von  
134 umweltschädlichen Subventionen.

**AntragstellerInnen:** Dr. Hermann Ott (KV Wuppertal), Thilo Hoppe (KV Aurich-Norden),  
Undine Kurth (KV Harz), Ute Koczy (KV Lippe) , Uwe Kekeritz (KV Neustadt-Aisch) Dino  
Renvert (KV Bonn)Dr. Torsten Gehrke (KV Ostprignitz-Ruppin), Kai Bergmann (KV Bielefeld)  
u.a.